

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.

Bezugs-Preis
In unserer Geschäftsstelle sowie bei den Abholstellen und beim Bezuge durch die Post 0,90 Mark. Durch den Briefträger oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,00 Mark.

Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl E. Turmann



Druck und Verlag
C. Turmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen
Für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,30 Mark für die 6 geplatzte Zeitspalte oder deren Raum berechnet und bis donnerstags 11 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Nr. 74

Fernsprecher

Dienstag, den 26. Juni 1928.

Nummer 37

34. Jahrgang

— Berlin, den 26. Juni 1928.

Chronik des Tages.

— Müller-Franken unternimmt Bemühungen, um ein „Kabinett der Führer“ zustande zu bringen.
— Am Montag fand in Berlin eine Tagung des Reichsparteivorstandes und der Fraktionenvorsitzende des Reichstages statt, die der Besprechung der politischen Lage amnützte war.
— Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat sich zu einer neuen Wirkungsstation jenseits des Völkerbundes nach Genf begeben.
— Die im Belgrader Parlament erschlossenen kroatischen Abgeordneten sind in Program mit großen Ehren beiehrigt worden; der König ließ Kränze niederlegen.
— Bei einer Explosion in einer Fabrik in Brügge kamen acht Personen ums Leben. 40 Verletzte wurden aus den Zimmern geborgen.
— Von Amundsen fehlt immer noch jede Spur.
— Die Djeanflieger Köhl und v. Hünelid haben eine Einladung zum Besuch Wiens angenommen und erklärt, daß sie voraussichtlich am 13. und 14. Juli diesen Besuch abhalten werden.
— Drei italienische Flugzeuge haben Nothilfe zum abholen Male gelistet und über ihrem Lager Proviant usw. abgeworfen.
— Schwere Sturzregen, die mit kleinen Unterechnungen 38 Stunden anhielten, haben in Rumänien erheblichen Schaden angerichtet.

Ein Kabinett der Führer?

Nach zweitägiger Aushausung wurden die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Reichsregierung am Montag wieder aufgenommen. Das Wochenende nach dem Scheitern der Großen Koalition war nicht ohne Anheftung, es ermöglichte die Abklärung der Beziehungen und erleichterte das Suchen nach einem Ausweg aus der verzweifelten Lage. Die Gründe für den ergebnislosen Verlauf der Verhandlungen erster Etappe sind bekannt: Sie liegen einmal in der verschiedenen Grundbeurteilung der Volkspartei und der Sozialdemokraten, ferner in der gewählten Verhandlungsmethode, die das Verlieren in Einzelheiten beunruhigte und fast eine Umänderung nur weitere Forderungen brachte, und schließlich in der Frage der Erweiterung der bestehenden Regierung und die dabei eingeschlagene Taktik eine große Rolle.

Wichtiger als ein Mißverständnis auf den zurufgelegten Weg ist die Erörterung der Frage: „Was nun?“ Zunächst die Tatsache: Müller-Franken erklärte dem Reichspräsidenten Bericht über das Scheitern der Großen Koalition und wurde von Hindenburg ermächtigt, sich um die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer kleineren Koalition zu bemühen. Ausdrücklich wurde dafür war die Versicherung, daß die sozialdemokratische Fraktion auch weiterhin die Führung behalten will.

Im Vordergrund des Interesses stand damit die Bildung einer Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition, verdrängt durch die Bayerische Volkspartei oder die Deutsche Bauernpartei. Die Aussichten einer derartigen Koalition wurden verschieden beurteilt. Die Demokraten hatten schwere Bedenken gegen die Bildung einer Koalition, die sich nicht auf die Parteien der Großen Koalition stützen kann und verweisen zur Begründung auf Schul- und Kulturfragen sowie auf die Finanzreform und das Kleinrentengesetz. Sie erklärten sich jedoch bereit, um staatspolitischen und parlamentarischen Gründen neuen Verhandlungen nicht ablehnend gegenüberzutreten. Das Zentrum lag sich angezogen der schwebenden Bezeugung der Fraktion nicht instande, abschließend Stellung zu nehmen und vertagte deshalb die Entscheidung auf Montag.

Zur Herbeiführung der Entscheidung berief das Zentrum die gesamte Fraktion in den Reichstag, ferner wurden auch der Reichsparteivorstand und die Verbände der bayerischen Landtagsfraktion nach Berlin herbeigeholt. Die Verhandlungen am Montag eröffneten und wurden in den Abendstunden zum Abschluß gebracht. Die Erklärung für das große Aufgebot des Zentrums ist darin zu suchen, daß die Zentrumsfraktion bei ihrer Stellungnahme auch darauf Rücksicht nehmen muß, daß sie mit der Bayerischen Volkspartei angehängte Einigung nicht gefährdet wird. Die Bayerische Volkspartei aber stand der Wiederbelebung der Weimarer Koalition äußerst feind gegenüber und erklärte, eine auf dieser Grundlage gebildete Regierung stünde in München in dem Geruch, Bayern „mediatisieren“ zu wollen. Zur Herbeiführung eines förmlichen Beschlusses veranlaßte sich am Sonntag in München der Bundesauschuß der Bayerischen Volkspartei.

Im großen und ganzen war der Gedanke der Wiederbelebung der Weimarer Koalition somit bereits in, als er kaum in die Welt getreten war. Es überrascht daher nicht, daß Müller-Franken noch einen zähen Kämpf in Vorbereitung hat und davon bereits dem Reichspräsidenten Mitteilung machte: Die So-

zialdemokratie ist bereit, eine sozialistische Ministerregierung zu bilden, ebendasselbe unter Einbeziehung führender Persönlichkeiten, die zwar nicht zur Sozialdemokratie gehören, wohl aber bereit sind, sich mit Rücksicht auf die außen- und innenpolitischen Interessen des Reiches zur Verfügung zu stellen. Die weitere Entwicklung der Dinge soll sich dann so abspielen, daß das „Kabinett der Führer“ ein Programm entwirft, damit vor den Reichstag tritt und sich in offener Feldschlacht eine Mehrheit sichert.

Dem Kreis der Persönlichkeiten nach, die das „Kabinett der Führer“ bilden sollen, handelt es sich um eine veraltete Regierung der Großen Koalition. Dabei ist allerdings zu beachten, daß die Fraktionen an das Programm der Regierung nicht gebunden sind und von Fall zu Fall zu den Maßnahmen der Regierung nicht gebunden sind und von Fall zu Fall zu den Maßnahmen der Regierung Stellung nehmen werden. Den Vorsitz will Müller-Franken als Reichstagskanzler übernehmen, als Vizekanzler soll der Zentrumsführer v. Guérard in Aussicht genommen worden sein, als Innenminister der sozialdemokratische Abgeordnete Seevering. Die Verteilung der übrigen Ministerien soll folgendermaßen erfolgen: Reichsaußenminister Dr. Stresemann (D. Wp.); Justiz: Koch-Weser (Dem.); Finanzen: Dr. Hilferding (Soz.); Wirtschaft: Dr. Curtius (D. Wp.); Reichswahl: Groner; Reichsarbeitsministerium: Brauns; Post: Dr. Schäfer, zu belegen bleiben danach noch das Reichsrechnungswesen, das Verkehrsministerium und das Ministerium für die besetzten Gebiete. Das eine dieser Ämter soll Dr. Wirth übertragen werden.

Vorerst handelt es sich bei der Verteilung der Ministerien selbstverständlich noch um Kombinationen, was die Regierung selbst betrifft, wird jedoch ernstlich mit dem Aufstandelommen eines „Kabinetts der Führer“, als Zwischenstufe zur Großen Koalition gerechnet. Hoffentlich ist man sich aber auch darüber klar, daß die langwierigen Koalitionserörterungen nunmehr endgültig zum Abschluß gebracht und eine Regierung eingesetzt werden muß, die für die kommenden außerpolitischen Diskussionen verhandlungsfähig ist.

Aufruf zur Kolonialarbeit.

Ausgangspunkt der Kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft. — Notwendigkeit und Wege praktischer Kolonialarbeit.

Die Koloniale Reichsarbeitsgemeinschaft hielt in Köln eine Tagung ab, die der Verbindung eines deutschen Kolonialprogramms gewidmet war. Nach einer Begrüßungsansprache durch den Vorsitzenden, Gouverneur z. D. Seitz, sprach Regierungsrat Jache-Samburg über Ziele und Weisen der deutschen Kolonialbewegung, wobei er die unbedingte parteipolitische Neutralität der Bewegung unterstrich. Er erklärte ferner, wir könnten ruhig da wieder anfangen, wo wir aufgehört hätten. Aus den heutigen kolonialen Mandaten dürften keine Annetionen werden. In erster Linie brauchen wir koloniale Rohstoffgebiete, in zweiter Siedlungscolonien. Afrika sei für uns das Gegebene.



Gouverneur z. D. Seitz, der Vorsitzende der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kolonialen Verbände.

Im Anschluß hieran gab Generalsekretär Duems das Kolonialprogramm bekannt. Darin heißt es u. a.: Die nötige Haltlosigkeit der gegen die frühere deutsche Kolonialpolitik von den alliierten Regierungen erhobenen

Beschuldigungen ist einwandfrei erwiesen, ihr verletzter Zweck ist vor aller Welt offenkundig geworden. Die Alliierten haben selbst die koloniale Schuldfrage praktisch mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in die Mandatskommission verworfen. Damit sind die Voraussetzungen für Artikel 119 des Versailler Vertrages hinfällig geworden. Abgesehen von dieser veränderten Rechtslage erhebt Deutschland allein schon aus der Mitgliedschaft zum Völkerbund zum mindesten ein Rechtsanspruch zur praktischen Geltung in bringen, ist ein nahrungsmittliches Erfordernis zur Erhaltung der nationalen Wirtschaft, der Erfüllung der internationalen Verträge und Wahrung des Weltfriedens. Deutschland kann nicht in alle Zukunft darauf verzichten, den aus der Heimat flücht abflühenden Bevölkerungszuwachs der eigenen Wirtschaft und Kulturgemeinschaft zu erhalten. Daher ist die rechtzeitige Schaffung neuer arbeiterreicher Lebensgebiete in noch freien Erzebenen eine Pflicht der nationalen Selbsterhaltung.

Das Programm schließt mit der Forderung auf sofortigen Wiedereintritt Deutschlands in eine aktive Kolonialarbeit in eigenen Kolonialgebieten. — Der Durchführung des Kolonialprogramms folgen kurze Erklärungen von Vertretern der Kölner Universität, der Industrie und Handelskammer, der christlichen Gewerkschaften und der Mission.

Deutsch-Ostafrika in Genf.

Wiedereinsetzung der deutschen Missionen in ihren früheren Besitz.

Die Mandatskommission des Völkerbundes behandelte in Genf das frühere Deutsch-Ostafrika und nahm einen wie üblich in vorigen Farben gehaltenen Bericht des Generalsekretärs der Mandatsverwaltung Scott entgegen. Bemerkenswert war lediglich die Mitteilung, die Mandatsverwaltung habe sich entschlossen, die deutschen Missionen in dem früheren Deutsch-Ostafrika wieder in ihren alten Besitz einzusetzen. Über die Durchführung des Beschlusses wurden keine Mitteilungen gemacht.

Schlussitzung in Bukarest.

Die Kleine Entente ist mit sich zufrieden. — Benefid über Deutschland. — Marinotisch will die Ruttino-verträge unterzeichnen.

Die Konferenz der kleinen Entente in Bukarest ist beendet. Das wichtigste Ergebnis der Tagung war eine Entscheidung, die sich scharf gegen eine Revision des Vertrages von Trianon richtet, der Ungarn bekanntlich gerichtet hat. Eine zweite Entscheidung behandelt die Politik der kleinen Entente Rumänien, die Tschechoslowakei und Estland befehligen sich darin, den europäischen Frieden bekräftigen gefördert und den Konsolidierungsprozess erleichtert zu haben.

Nach dem Vorbild der Großen veranstaltete man nach der Schlußung einer Presseempfang. Der tschechische Außenminister Beneš bemerkte dabei, mit Deutschland habe die Kleine Entente keine Differenzen. Als die Anführer Frage aufgeworfen wurde verurteilte sich Beneš um eine klare Stellungnahme herumzudrücken. Bemerkenswert war vor allem eine Entlassung des tschechischen Außenministers Marinotisch, der erklärte, die Unterzeichnung der Ruttino-verträge sei seiner Ansicht nach von entscheidender Bedeutung für sein Land. Aus diesem Grunde sei er entschlossen, die Ratifizierung im Parlament durchzuführen und im Falle eines Mißerfolges von seinen Posten zurückzutreten. Einen Heiterkeitserfolg erzielt der rumänische Außenminister Titulescu, der auf die Frage, ob die Agitation gegen die Revision des Trianonvertrages nicht dem Völkerbundspat widerspreche, der im Artikel 19 eine Revision unannehmbar geborener Verträge vorzöge, erwiderte, davon könne gar keine Rede sein. Einen unannehmbar gewordenen Vertrag lenke die Kleine Entente nicht! Verpricht man sich tatsächlich von einer derartigen Vogel-Strauß-Politik einen Erfolg?

Neue Wirtschaftstätigkeit in Genf.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg Deutschlands Vertreter.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg hat sich nach Genf begeben, um an der Tagung des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes teilzunehmen. Der Wirtschaftsausschuß wird sich in erster Linie mit der Ausübung der Wirtschaftsbefähigung, die der beratende Wirtschaftsausschuß in seiner Waiatung gefasst hat und die inzwischen vom Völkerbundspat dem Wirtschaftsausschuß überwiegen worden sind. Außerdem werden u. a. die inzwischen fortgeführten Arbeiten zur Vereinfachung der Polarisationsformulare und die Vorbereitung einer internationalen statistischen Konferenz auf der Tagesordnung.